



## **Ausbau und Öffnung der Hochschulen Forderungen zur Hochschulmisere im Wintersemester**

Von Dr. Andreas Keller

„Lustig ist das Studentenleben“ – dieses Sprichwort hat mit der Realität an den deutschen Hochschulen nichts mehr zu tun. Im laufenden Wintersemester haben sich die Misstände dramatisch zugespitzt: Studienplatzmangel, Zulassungschaos, miese Betreuungsverhältnisse, Hire-and-Fire-Prinzip beim Personal, Hürden beim Masterzugang – Bund, Länder und Hochschulen scheinen nichts unversucht zu lassen, studierwilligen Menschen Steine in den Weg zu legen.

### **Im laufenden Wintersemester 2011/12 fehlen Studienplätze für mindestens 50.000 Studienanfängerinnen und Studienanfänger.**

In fast allen Bundesländern strömen in den kommenden Jahren doppelte Abitur-Jahrgänge an die Hochschulen. Deutlich mehr Studienberechtigte, als von der Kultusministerkonferenz prognostiziert, entscheiden sich für ein Hochschulstudium. Der „Hochschulpakt 2020“, mit dem Bund und Länder auf die hohe Anzahl der Studienberechtigten reagieren, ist unterfinanziert. Die Folge: In vielen Studienfächern haben die Hochschulen flächendeckend einen Numerus Clausus verhängt.

### **Gleichwohl werden erneut an vielen Hochschulen in zulassungsbeschränkten Studiengängen tausende Studienplätze unbesetzt bleiben.**

Dieses Paradox ist eine Folge des Chaos bei der Hochschulzulassung, für das die Länder und die Hochschulrektoren verantwortlich sind. Viele Studienberechtigte bewerben sich gleich mehrfach, um die Chance auf einen Studienplatz zu erhöhen. Damit sind die Hochschulen überfordert und vergeben mehrere der knappen Studienplätze an ein und denselben Bewerber – der aber nur einen Studienplatz annehmen kann. Der Start des „dialogorientierten Zulassungsverfahrens“, das Abhilfe schaffen sollte, wurde auf unbestimmte Zeit verschoben.

### **Wer einen Studienplatz ergattert hat, muss mit unzumutbaren Studienbedingungen rechnen.**

Überfüllte Hörsäle, fehlende Labor- und Praktikumsplätze, unzureichende Betreuung durch Dozentinnen und Dozenten – das sind die Rahmenbedingungen, unter denen viele Studienanfängerinnen und Studienanfänger ins erste Semester starten. An Universitäten liegt das Betreuungsverhältnis zwischen und Studierenden heute bei 1:60 – selbst das offizielle Bund-Länder-Beratungsgremium Wissenschaftsrat empfiehlt 1:40. Gleichzeitig haben Studienanfängerinnen und Studienanfänger in vielen Hochschulstädten mit einer massiven Wohnungsnot zu kämpfen und müssen in Notunterkünften absteigen.

### **Wo im Rahmen des „Hochschulpakts 2020“ doch zusätzliche Lehrende eingestellt werden geschieht dies nach dem Hire-and-Fire-Prinzip.**

Lehrende erhalten Zeitverträge, deren Laufzeit häufig nur wenige Monate beträgt. Doktorandinnen und Doktoranden werden befristet auf Hochdeputatsstellen für „Lehrkräfte für besondere Aufgaben“ (LfBA) eingestellt – in der Regel ohne hochschuldidaktische Qualifikation, aber mit einer Lehrverpflichtung von bis zu 18 Semesterwochenstunden. Zusätzlich müssen Lehrbeauftragte einspringen, die stundenweise

bezahlt werden oder gar kein Honorar bekommen. Das ist nicht nur schlecht für die Lehrenden – auch die Kontinuität und Qualität von Lehre und Studium bleibt auf der Strecke.

**Wer sein Bachelorstudium erfolgreich abgeschlossen hat und weiterstudieren möchte, hat immer größere Schwierigkeiten einen Studienplatz im Masterstudium zu bekommen.**

In zahlreichen Studienfächern gibt es weniger Masterstudienplätze als Bachelorabsolventinnen und -absolventen, die weiter studieren möchten. Auch wenn es genügend Studienplätze gibt, können die Hochschulen den Zugang zum Masterstudium beschränken und zum Beispiel den Nachweis einer „besonderen Eignung“ verlangen – das erlauben die Strukturvorgaben der Kultusministerkonferenz ausdrücklich.

Eine ganze Generation droht ihrer Zukunftschancen beraubt zu werden. Dabei bestreitet niemand mehr, dass Deutschland in Zukunft deutlich mehr Studierende und Hochschulabsolventinnen und -absolventen braucht. Deutschland steuert nach OECD-Prognosen auf einen massiven Fachkräftemangel zu, der in ersten Fachrichtungen wie etwa den MINT-Fächern, aber auch in den Bildungswissenschaften längst spürbar ist.

Die Bildungsgewerkschaft GEW fordert daher

- **einen bedarfs- und nachfragegerechten Ausbau der Hochschulen.**  
Bund und Länder müssen den „Hochschulpakt 2020“ aufstocken und Studienplätze für jährlich 500.000 Studienanfängerinnen und Studienanfänger bereitstellen.
- **die uneingeschränkte Gewährleistung des Rechts auf freie Hochschulzulassung.**  
Der Bund hat durch ein für alle Hochschulen verbindliches Hochschulzulassungsgesetz sicherzustellen, dass alle Studienplätze besetzt und unnötige Wartezeiten vermieden werden.
- **eine spürbare Verbesserung der Betreuungsverhältnisse.**  
Die Hochschulen müssen mehr Dozentinnen und Dozenten mit fairen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen einstellen und so die Qualität von Lehre und Studium sichern.
- **den freien Masterzugang für alle.**  
Bund, Länder und Hochschulen müssen garantieren, dass alle Absolventinnen und Absolventen eines Bachelorstudiums ein Masterstudium aufnehmen können.

Dr. Andreas Keller ist Mitglied ist Leiter des Vorstandsbereichs Hochschule und Forschung beim GEW-Hauptvorstand.